

Ergebnisprotokoll

Thema:	AG „Zukünftige Förderung von Jugendwerkstätten“		
Datum: 10. April 2012		Ort: MS Niedersachsen, Hannover	Uhrzeit (von – bis): 11.00 - 13.00 Uhr
Besprechungsleitung: Herr StS Pott, Niedersächsisches Ministerium für Soziales Frauen, Familie, Gesundheit und Integration		Teilnehmer/innen: siehe Teilnehmerliste	Verfasser: Weger
Protokoll erstellt am: 13.04.2012		Verteiler: siehe Teilnehmerliste	
Anlagen:	Teilnehmerliste		

Besprechungsergebnisse:

TOP Nr.:	Ergebnisse
1.	<p>Begrüßung durch Herrn Staatssekretär Pott</p> <p>Herr StS Pott weist darauf hin, dass es unter großem Engagement aller Beteiligten gelungen ist, die Voraussetzungen für eine weitere Förderung der Jugendwerkstätten zu schaffen. Nun kommt es darauf an, die Ergebnisse vor Ort umzusetzen. Der moderierte Prozess ist insoweit grundsätzlich abgeschlossen. Das Land Niedersachsen und das BMAS haben gleichwohl ein hohes Interesse daran, die Arbeit der Jugendwerkstätten über die aktuelle Umstellungsphase hinaus zu begleiten. Im Sinne einer Konsolidierung in der Umstellung auf die neuen Fördergrundlagen strebt das Land ein erneutes Treffen der AG nach der Sommerpause an. Erfahrungen aus dem bisherigen Umstellungsprozess sollten dann ausgetauscht werden sowie ggf. aufgetretene Probleme erörtert und einer Lösung in Zusammenarbeit mit BMAS und RD zugeführt werden.</p>
2.	<p>Vorstellung der Arbeitsergebnisse der UAG - Sitzungen am 9. und 24. Februar 2012</p> <p>Den AG-Mitgliedern liegt das ausführliche Protokoll über die UAG-Sitzungen am 9. und 24. Februar 2012 vor. BMAS und RD erläutern die wesentlichen Ergebnisse:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das Konzept „Jugendwerkstatt“ sieht vor, dass die unterschiedlichen

Leistungen zu einem ganzheitlichen Angebot gebündelt werden (siehe auch Protokoll der UAG vom 9. Dezember 2011). Dies ist ein zielgruppenadäquater Ansatz, da die jungen Menschen von reinen Maßnahmen zur Aktivierung und Integration ebenso schwer erreichbar sind wie von reinen Jugendhilfemaßnahmen. Erst die Kombination von Beschäftigung, Qualifizierung, Bildung und Stabilisierung bietet eine passgenaue Unterstützung und schafft Synergien, die mit der jeweiligen einzelnen Maßnahme nicht zu erreichen wären. Land und SGB II-Träger finanzieren die jeweils nach dem einschlägigen Sozialgesetzbuch bzw. der Förderrichtlinie förderfähigen Leistungen. Ggf. fließen ergänzend Gelder Dritter (bspw. Stiftungen, kommunale Träger o. ä.) in die Finanzierung ein.

- Die Fördermittel der verschiedenen Leistungsträger ergänzen sich zur Gesamtfinanzierung der Jugendwerkstatt. Die Voraussetzungen für eine Förderung mit Landes-/ ESF-Mitteln wären grundsätzlich gegeben.
- Das Vorliegen einer vorteilhaften Gelegenheit ist immer im Einzelfall zu prüfen. Die Konzepte der Jugendwerkstätten sind sehr unterschiedlich. Dies gilt auch für Ausgestaltung der die Kosten einer Jugendwerkstatt beeinflussenden Faktoren (z. B. Teilnehmerzahlen, Zielgruppe, konzeptionelle Ausrichtung u. s. w.). Eine allgemeine Aussage zu der Frage, ab welcher Angebotshöhe von einer vorteilhaften Gelegenheit auszugehen ist, kann nicht getroffen werden. Entscheidend ist, dass die Beschaffung zu einem erheblich unter dem marktüblichen liegenden Preis erfolgen kann, als dieses bei einer Ausschreibung möglich wäre. Das BMAS weist darauf hin, dass gegenwärtig zwischen Bund und Ländern geklärt wird, ob im Hinblick auf den Wortlaut der VOL/A die „Erheblichkeit“ eine zwingende Voraussetzung für das Vorliegen einer vorteilhaften Gelegenheit ist. Aus Sicht des BMAS ist unstrittig, dass es sich um eine wirtschaftlichere Beschaffung handeln muss, die nicht lediglich marginal unter dem marktüblichen Preis liegt („Ein Euro günstiger ist keine vorteilhafte Gelegenheit.“) Zu prüfen ist aber, ob die Formulierung „erheblich“ eine zusätzliche, nicht notwendige Hürde für die freihändige Vergabe darstellt. Eine abschließende Klärung wird in der nächsten Sitzung der Bund-Länder-AG Eingliederung SGB II am 10. Mai 2012 angestrebt.

Die Trägervertreter nehmen die Ergebnisse zur Kenntnis. Es besteht zwischen allen AG-Mitgliedern Einvernehmen, dass mit dem dargestellten Finanzierungsmodell und den vergaberechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten die weitere Förderung von Jugendwerkstätten sichergestellt werden kann.

Die Vertreter der Jugendwerkstätten weisen darauf hin, dass in dem Protokoll über die

	<p>UAG Sitzungen am 9. und 24. Februar 2012 keine Aussage zu der vom BMAS und vom Land angebotenen Information der Träger über die Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung - AZAV enthalten ist. Das BMAS als protokollführende Stelle weist darauf hin, dass es sich hierbei um ein Versehen handelt. Das Land Niedersachsen teilt mit, dass die LAG JAW vom Land beauftragt wurde, vier Informationsveranstaltungen für Träger zur neuen AZAV durchzuführen. Das BMAS bestätigt, dass es für eine Unterstützung bei der Durchführung weiterhin zur Verfügung steht.</p>
3.	<p>Bericht der N-Bank zum aktuellen Stand der weiteren Förderung</p> <p>Herr Behrens von der N-Bank berichtet über das Ergebnis einer aktuellen Abfrage zur Förderung der Jugendwerkstätten. Danach bestehen zum 1. April 2012 100 geförderte Jugendwerkstätten. Von diesen erhalten 79 Jugendwerkstätten eine Förderung aus dem SGB II, mit insgesamt 1444 Plätzen. Dabei wurden die von der AG aufgezeigten Übergangsförderungen genutzt; 60 Jugendwerkstätten haben eine Bewilligung über eine SGB II-Förderung bis Ende Dezember 2012 bzw. darüber hinaus. Weitergehende Ergebnisse der Abfrage können der als Anlage beigefügten Tischvorlage der N-Bank entnommen werden.</p>
4.	<p>Offene Punkte</p> <p><u>Umsatzsteuerbefreiung</u></p> <p>Wie bereits im Protokoll über die UAG-Sitzungen am 9. und 24. Februar 2012 dargestellt, weist die RD Niedersachsen-Bremen erneut darauf hin, dass die Bescheinigung über die Erfüllung der Voraussetzungen für eine Steuerbefreiung gemäß § 4 Nr. 21 Buchst. a) Doppelbuchst. bb) des Umsatzsteuergesetzes nicht durch die Bundesagentur für Arbeit, sondern durch die zuständige Landesbehörde erfolgt. Das BMAS weist ergänzend darauf hin, dass das BMAS gegenwärtig mit dem BMF und den Umsatzsteuerreferenten der Länder in Kontakt für eine Anpassung des Umsatzsteuer-Anwendungserlasses an die Rechtslage SGB II ab 1. April 2012 in Kontakt steht. Es gibt positive Signale dafür, dass in Kürze eine entsprechende Anpassung zur Klarstellung in der Frage der Umsatzsteuerbefreiung erfolgt.</p> <p><u>Sinnstiftende Tätigkeiten in Maßnahmen</u></p> <p>Das BMAS weist darauf hin, dass der hausinterne Abstimmungsprozess zum zulässigen Umfang sinnstiftender Tätigkeiten (mit wirtschaftlich verwertbarem Ergebnis) in Maßnahmen nach § 16 SGB II i. V. m. § 45 SGB III noch nicht abgeschlossen ist. Es ist davon auszugehen, dass bis zur nächsten Sitzung der Bund-Länder-AG Eingliederung SGB II am 10. Mai 2012 eine Entscheidung vorliegt, die ggf.</p>

	<p>in der Sitzung im Hinblick auf ihre Auswirkungen in der Praxis vertieft zu erörtern wäre. Es ist beabsichtigt, die Träger zeitnah über das Ergebnis zu informieren.</p> <p>Land und Träger weisen darauf hin, dass Einschränkungen beim zulässigen Umfang sinnstiftender Tätigkeiten zu erheblichen Verwerfungen sowohl bei der Umsetzung der weiteren Förderung als auch in der Wahrnehmung aller am Prozess in Niedersachsen Beteiligten führen würde. Herr StS Pott ist zuversichtlich, dass das BMAS bei seiner Entscheidung die besonderen Belange der Jugendwerkstätten berücksichtigt.</p> <p>Unabhängig von der Entscheidung in dieser Frage empfehlen Land und BMAS den Jobcentern auf der Basis des gegenwärtigen Informationsstandes die Erarbeitung einer Leistungsbeschreibung für ihre Förderbedarfe in Zusammenarbeit mit dem REZ (im Bereich der gemeinsamen Einrichtungen verantwortlich für die Ausführung der Vergabe).</p> <p>Redaktionelle Anmerkung:</p> <p>Unter Punkt „8. Nachgehende Ausführungen“ ist die Auffassung des BMAS zur Möglichkeit der Einbindung von sinnstiftenden Tätigkeiten in Maßnahmen nach § 16 SGB II i. V. m. § 45 SGB III aufgeführt.</p>
5.	<p>Weiteres Vorgehen</p> <p>Die Vertreter der Jugendwerkstätten regen dringend an, die wesentlichen Ergebnisse des moderierten Prozesses in einem gesonderten Papier zusammenzufassen. Die umfangreichen Protokolle sind für Außenstehende ohne Hintergrundwissen häufig nur schwer verständlich. Besser wäre es, in Form eines Kompendiums eine Handreichung für die weitere Arbeit zur Verfügung zu stellen. Das BMAS sagt zu, bis Ende Mai 2012 einen Entwurf zu erstellen. Die Vertreter der Jobcenter als auch der Träger der Jugendwerkstätten in der AG erhalten vorab den Entwurf zur Kenntnis mit der Möglichkeit, Änderungsvorschläge einzubringen. In den Entwurf fließt die Entscheidung des BMAS zu sinnstiftenden Tätigkeiten in Maßnahmen ein.</p> <p>Weiterhin wäre aus Sicht der Trägervorteiler eine Vorlage im Sinne einer Musterleistungsbeschreibung hilfreich. BMAS und RD sehen wegen der großen Unterschiede in der inhaltlichen Ausgestaltung der Jugendwerkstätten grundsätzlich keine Notwendigkeit, eine „Musterleistungsbeschreibung“ zur Verfügung stellen. Gleichwohl erklärt sich die RD bereit, gemeinsam mit dem örtlichen REZ eine Art „Grundgerüst“ für eine Leistungsbeschreibung für eine Maßnahme nach § 16 SGB II i. V. m. § 45 SGB III zu erarbeiten.</p> <p>Die Träger weisen darauf hin, dass es wichtig ist, alle Akteure über das weitere Vorgehen zu informieren. Insbesondere darüber, dass der moderierte Prozess seinen vollständigen Abschluss erst Mitte / Ende Mai findet und dass eine nachgehende AG-</p>

	Sitzung für die zweite Jahreshälfte geplant ist. Hierzu wird angestrebt, das Protokoll zur heutigen Sitzung zeitnah zu versenden.
6.	<p>Verschiedenes</p> <p>Es wird die Frage aufgeworfen, ob für auch für schulpflichtige erwerbsfähige Leistungsberechtigte die Förderung im Rahmen einer Jugendwerkstatt möglich ist. BMAS sagt Klärung im Nachgang zu.</p>
7.	<p>Verabschiedung</p> <p>Herr StS Pott dankt allen Beteiligten nochmals ausdrücklich für die gute und konstruktive Zusammenarbeit und unterstreicht die Bedeutung der Arbeit der Jugendwerkstätten in Niedersachsen.</p>
8.	<p>Nachgehende Ausführungen</p> <p><u>Förderung von schulpflichtigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten</u></p> <p>Im Protokoll vom 21. November 2011 heißt es hierzu:</p> <p>„Das BMAS weist darauf hin, dass junge Menschen vor Vollendung des 15. Lebensjahres zum Personenkreis der nichterwerbsfähigen SGB II - Leistungsberechtigten gehören. Eine Eingliederung in Arbeit oder Ausbildung kommt für diesen Personenkreis nicht in Betracht; eine Förderung aus Mitteln des SGB II ist ausgeschlossen.</p> <p>BMAS und RD weisen ferner darauf hin, dass im Rahmen der üblichen Maßnahmegestaltung „Jugendwerkstatt“ mit in der Regel mindestens 15stündiger wöchentlicher Teilnahmezeit eine Förderung im Rahmen des SGB II für junge Menschen nach Vollendung des 15. Lebensjahres grundsätzlich erst nach dem Ende der Vollzeitschulpflicht in Betracht kommt.</p> <p>Soll die Teilnahme in der Jugendwerkstatt der Erfüllung der Vollzeitschulpflicht dienen, kommt eine Förderung aus dem SGB II ebenfalls nicht in Betracht.“</p> <p>Das BMAS kommt auch nach erneuter Prüfung zu keinem anderen Ergebnis. Eine Förderung vollzeitschulpflichtiger erwerbsfähiger Leistungsberechtigter in SGB II-geförderten Maßnahmen in Jugendwerkstätten kommt nicht in Betracht.</p> <p><u>Sinnstiftende Tätigkeiten in Maßnahmen</u></p> <p>Zur Förderung von Maßnahmen mit Anteilen sinnstiftender Tätigkeiten vertritt das BMAS folgende Auffassung:</p> <p>Sinnstiftende oder marktnahe Arbeiten von Teilnehmern an Maßnahmen nach § 16 SGB II i. V. m. § 45 SGB III können elementarer Bestandteil einer erfolgreichen</p>

Heranführung an den Arbeitsmarkt sein, gerade wenn diese Arbeiten beim Maßnahmeträger selbst durchgeführt werden.

Sofern diese Arbeiten oder Tätigkeiten dazu dienen, sehr personenbezogenen Fertigkeiten und Fähigkeiten des Teilnehmers festzustellen, zu aktivieren oder zu entwickeln bzw. vermittelte berufliche Kenntnisse praktisch zu erproben, unterliegen diese keiner zeitlichen Begrenzung nach dem Gesetzeswortlaut des § 45 SGB III bzw. des § 16 SGB II. Der zeitliche Umfang der Ausübung praktischer sinnstiftender Tätigkeiten in Maßnahmen richtet sich nach den individuellen Eingliederungserfordernissen. Dies setzt voraus, dass die Ausübung dieser Tätigkeiten in ein Gesamtkonzept zur Betreuung und Unterstützung mit dem Ziel der Heranführung an den Arbeitsmarkt eingebettet ist. Dabei muss der aktivierende Ansatz der praktischen sinnstiftenden Tätigkeiten im Vordergrund stehen und nicht die Erzielung wirtschaftlicher Ergebnisse. Führen die Tätigkeiten zu wirtschaftlich verwertbaren Ergebnissen, sind die Einnahmen oder geldwerten Vorteile hieraus von den Maßnahmekosten abzusetzen.

Im Maßnahmeverlauf ist es erforderlich, dass parallel zur praktischen Tätigkeit die eigentlichen Maßnahmeinhalte fortgesetzt werden (z. B. Aktivierungsinhalte, Kenntnisvermittlung, Feststellung von Vermittlungshemmnissen, Eingliederungsbemühungen usw.). Dies muss sich auch in der konkreten Ausgestaltung der Maßnahmekonzeption widerspiegeln. Für die Vermittlung beruflicher Kenntnisse ist die Begrenzung auf acht Wochen nach § 16 SGB II i. V. m. § 45 Absatz 2 Satz 3 SGB III zu beachten (ausführlich siehe hierzu Protokoll der Unterarbeitsgruppensitzung vom 21. November 2011, Punkt 2.2 Buchstabe b) berufliche Qualifizierung).

Darüber hinaus dürfen die sinnstiftenden Arbeiten nicht zu einer Wettbewerbsverzerrung führen, die von der regionalen Wirtschaft als Beeinträchtigung gewertet wird. Der Maßnahmeträger ist zu verpflichten, für den jeweiligen Schwerpunkt der sinnstiftenden Arbeiten eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der zuständigen Kammer bzw. des zuständigen Verbandes vorzulegen oder in sonstiger geeigneter Weise nachzuweisen, dass eine Beeinträchtigung der regionalen Wirtschaft nicht gegeben ist. Liegt eine Unbedenklichkeitsbescheinigung (o. ä.) nicht vor, gelten analog die in § 45 Absatz 2 Satz 2 SGB III bzw. die in § 16 Absatz 3 Satz 2 SGB II geregelten zeitlichen Grenzen für Maßnahmen oder Maßnahmeteile bei einem Arbeitgeber.